



Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Informationspflicht nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreis Weimarer Land
Vertreten durch die Landrätin
Bahnhofstraße 28
99510 Apolda

Innerorganisatorisch verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Kreiswerke Weimarer Land
Vertreten durch die Beigeordnete, diese vertreten durch den Werkleiter
Telefon: 03644/540 681
Fax: 03644/540 679
E-Mail: post.kreiswerke@wl.thueringen.de

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Kreis Weimarer Land
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Dienstszitz: Bahnhofstraße 28
99510 Apolda
Telefon: 03644/540139
E-Mail:
post.datenschutzbeauftragter@wl.thueringen.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten dient ins- besondere zur Erfüllung der Aufgaben des Landkreises Weimarer Land als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Sie dient zur Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwanges an die öffentliche Abfallentsorgung. Hierfür speichern wir im Rahmen der Bearbeitung personenbezogene Daten zu folgenden Zwecken:

- Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Abfallentsorgung
- Antragsbearbeitung (z. B. Änderung des Grundstücks-/Wohnungseigentümers bzw. -Verwalters, der Personenzahl, der Behälter, des Gewerbes, Elektrogeräte)
- Antrag auf Eigenkompostierung
- Berechnung der Abfallgebühren / Gebührenbescheiderstellung
- Widerspruchsbearbeitung
- Erstellen von Tonnenaufträgen (Stellung, Abzug, Tausch)
- Ordnungswidrigkeiten-/Bußgeldverfahren (i.S.v. § 23 Abfallsatzung des Kreises Weimarer Land)
- Weiterleitung der Daten an die unter Punkt 6. aufgeführten Empfänger (z.B. im Rahmen von Beschwerden)

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von: Art. 6 Abs. 1

Buchst. c) und e) i. V. m. Abs. 3 DS-GVO i. V. m. § 20 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG); Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG), Abfallsatzung des Kreises Weimarer Land, Gebührensatzung zur Abfallsatzung des Kreises Weimarer Land. Abhängig von der konkreten Aufgabe werden die Kreiswerke zudem durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), die Abgabenordnung (AO), das Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (ThürAGKrWG), Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV), Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG), Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG), Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (ThürVwZVG), Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) sowie durch darauf beruhende Verordnungen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ermächtigt.

5. Kategorien personenbezogener Daten

Abhängig von der jeweiligen Aufgabe, werden von Ihnen folgende Kategorien von personenbezogenen Daten durch die Kreiswerke Weimarer Land verarbeitet:

- Name Vorname Anschrift
- Kontaktdaten (bei eigener Angabe)
- Bankdaten (bei erteilter Einzugsermächtigung)
- Daten aus dem Melderegister
- Daten aus dem Gewerberegister

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern: innerhalb des Verantwortlichen: Kreiswerke/Kasse, Gewerbeamt, ggf. Sozialamt
Ordnungs- und Rechtsamt/Bußgeldstelle;
Kreiskasse/Vollstreckungsbehörde
Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): beauftragte Entsorgungsunternehmen (der Kreiswerke u. Duales System Deutschland), Postdienstleister, Thüringer Landesverwaltungsamt, Rechtsanwälte, Gerichte, Polizei, ggf. Bundesagentur für Arbeit, ggf. Meldebehörden

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden, da diese abhängig vom jeweiligen Verfahren ist. Generell werden Unterlagen, die eine Zahlung begründen, mindestens sechs Jahre aufbewahrt, die zugehörigen Buchungen zehn Jahre. Vorgänge im Verwaltungsverfahren werden nach Abschluss des Verfahrens in der Regel zehn Jahre aufbewahrt. Allgemein werden die im Zusammenhang mit der jeweiligen Aufgabenerfüllung erhobenen Daten, unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht, nachdem die Speicherung nicht mehr erforderlich ist.

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein. Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen. Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO). Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**). Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen. Sie haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DSGVO).

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO

Nicht relevant.

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und

die Informationsfreiheit, Häbelerstraße 8, 99096 Erfurt
www.tlfdi.de

12. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist abhängig vom jeweiligen Verfahren. Im Verfahren bezüglich des Anschlusses Ihres Grundstückes an die öffentliche Abfallentsorgung sind Sie zur Bereitstellung Ihrer Daten gesetzlich verpflichtet. Diese Pflicht ergibt sich aus § 4 Abfallsatzung des Kreises Weimarer Land. Im Falle einer Nichtbereitstellung kann Ihr Grundstück nicht ordnungsgemäß an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen werden. Auf die Möglichkeit eines Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 23 Abfallsatzung des Kreises Weimarer Land wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich hingewiesen.

In allen übrigen Verfahren kann Ihr Anliegen / Antrag nicht bearbeitet werden, wenn Sie trotz Verpflichtung Ihre personenbezogenen Daten nicht bereitstellen.

13. Herkunft der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich werden Ihre personenbezogenen Daten bei Ihnen erhoben, d. h. durch die entsprechenden Antragsformulare bzw. Ihre formlosen Anträge.

In bestimmten Fällen kann jedoch eine Datenerhebung bei folgenden Dritten notwendig sein:

- Einwohnermeldeämter, Grundsteuerämter
- Haus- bzw. Objektverwalter
- Grundstückseigentümer
- Gewerbeämter

14. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS- GVO

Nicht relevant.

15. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.